

Der Zentral-Arbeiter

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin D 27, Magazinstr. 6/7 II
Fernsprecher: Königl. 1006, 1076 und 1262. — Die Zeitung
erscheint jeden Freitag
Telegrammadresse: Zentralprags Berlin

Bereinzelt seid Ihr nichts — Vereintigt alles!

Anzeigen- und Verbandsgebühren sind an Otto Behms, Berlin D 27,
Magazinstraße 6/7 II (Postfachkonto 5388), zu richten. — Bezug
nur durch die Post Grundpreis monatlich 2 Mk. mal Schlußzahl.
Anzeigenpreis 2 Mark für die sechsgepaßte Zeile.

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Inhalt: Was tut uns not? — Erhaltung der Kampfkraft. — Die Chinesenmauer. — Ein unparteiischer Vorkämpfer. Das Schweizer Volk lehnt die Vergewaltigung ab. — Abwehrkampf der holländischen Textilarbeiter. — Bekanntmachung. — Anzeigen.

Was tut uns not?

Die Verteidiger einer freiheitlichen Entwicklung befinden sich im schwersten Abwehrkampf. Die Forderungen der Unternehmer: Beseitigung des Achtstundentages, des Tarifzwanges und der Tarifverträge, Abbau der Sozialpolitik, zeigen, daß die Reaktion drauf und dran ist, die Arbeiterklasse wieder in das alte Abhängigkeits- und Hörigkeitsverhältnis, wie es vor dem Kriege bestand, zurückzuführen. Die Reaktion befindet sich in der Offensive. Die Wahlen in Thüringen und Mecklenburg sind ein Gradmesser für die Erstarkung derselben. Da gilt es nachzuprüfen und Umschau zu halten, um die Ursachen zu erforschen, die die Reaktion so erstarken ließ, daß sie die Offensive gegen die Arbeiterklasse erfolgreich aufnehmen konnte. Zunächst ist hier zu beachten: Deutschland wird politisch und wirtschaftlich von außenpolitischen Maßnahmen, gegen die sich das deutsche Volk nicht zu wehren vermag, beeinflußt. Die Gewaltpolitik Frankreichs hat zweifellos die deutsche Wirtschaft in einer Weise bläsiert, daß die Ernährung des deutschen Volkes in Frage gestellt ist. Es soll dabei nicht verschwiegen werden, daß die deutsche Schwerindustrie dieser französischen Gewaltpolitik in die Hände gearbeitet hat, um zu erreichen, daß durch die Zerrüttung der deutschen Wirtschaft das Staatsgebäude ins Wanken gebracht wurde. Für die Schwerindustrie ist ein wankender Staat und eine schwache Staatsgewalt das, was sie haben will, weil innerhalb eines solchen Staates für sie die beste Möglichkeit gegeben ist, sich auf Kosten des Staates und der breiten Volksmassen zu bereichern. Die Grundlage einer jeden Staatspolitik ist in erster Linie die

Sicherstellung der Ernährung des Volkes.

Wo dies nicht möglich ist, beginnt das Staatsgebäude zu wanken und droht zusammen zu brechen. Dies war in Deutschland innerhalb der letzten Jahre der Fall.

Während des Krieges war das deutsche Volk der schlimmsten Hungerkur unterworfen worden. Als der Krieg beendet war, war alles ausgezehrt. Es mußten Getreide und Nahrungsmittel eingeführt werden, um nur die kümmerlichste Ernährung des Volkes sicherzustellen. Die Einfuhr war nur dadurch möglich, daß ein Teil des Goldbestandes geopfert wurde. Die Industrie lag still und nur allmählich konnte sie wieder in Gang gebracht werden. Da Deutschland von Rohstoffen aller Art entblüht war, stand die Ausfuhr zur Einfuhr in keinem Verhältnis. Die Einfuhr überstieg die Ausfuhr beträchtlich. Die Staatsausgaben überstiegen die Einnahmen in beträchtlicher Höhe. Sie wurden durch die Ausgaben während der Ruhrbesetzung ins Unermeßliche gesteigert. Die Inflation erhielt immer neuen Antriebs. Die Markwährung wurde völlig zerstört und unsere Wirtschaft wurde zum Erliegen gebracht.

In dieser Periode vollzog sich eine gewaltige gesellschaftliche Umwälzung. Laufende von bürgerlichen Existenzen wurden proletarisiert. Hunderttausende fühlten keinen festen Boden mehr unter ihren Füßen, ihnen war auf längere Zeit die Grundlage jeder Existenz entzogen. Diese existenzlosen hungernden Massen glaubten nur dort Hilfe erhalten zu können, wo man mittels Gewalt die Dinge zu ändern versprach. Sie warfen sich deshalb den politischen Extremen rechts und links in die Arme. Jedes vernunftmäßige Handeln wiesen sie von sich, rein gefühlsmäßig folgten sie denen, die ihnen am meisten versprachen.

Der gewaltige Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft hat die Zerlegung innerhalb der Arbeiterklasse gefördert und den Rückgang der Kraftentfaltung der Arbeiterklasse begünstigt. Diese natürliche Ursache konnte aber die Arbeiterbewegung nicht in der Weise schädigen, als wie der Streit und die Kämpfe innerhalb der Arbeiterklasse selbst. Das Schlimmste war, daß die Arbeiterklasse, nachdem ihr b im Zusammenbruch 1918 die politische Macht in den Schloß gefallen war, sie diese politische Macht nicht ausnützte, um das Eroberte zu sichern, sondern anstatt dessen sich gegenseitig in der schlimmsten Weise bekämpfte. In der Selbstvernichtung und Selbstzerfleischung ist fast Unmögliches geleistet worden. In diesem Kampf sind

Die besten Kräfte der Arbeiterbewegung verschwunden worden.

Anstatt gegen die bürgerliche Gesellschaft die Kampfkraft zu richten, das Errungene zu befestigen, haben sich die Arbeiter in diesem gefährlichen Kampf die Schädler gegenseitig eingeschlagen. Der Verlust der Machtpositionen der Arbeiterklasse ist ein Ergebnis dieses Kampfes. Dieser Kampf wird heute noch fortgesetzt deshalb, weil dies

das Dreimännerdirektorium in Moskau

so bestimmt. Die Bourgeoisie konnte in dieser Zeit ihre zersplitterten Kräfte sammeln, und den Angriffskampf vorbereiten. Der Niedergang innerhalb Staat und Wirtschaft, der unsinnige Kampf innerhalb der Arbeiterklasse selbst, sind der Nährboden für die Erstarkung der Reaktion

Die Gewerkschaften stehen seit Jahren im Kreuzfeuer des Kampfes von rechts und links. Dazu kommt noch die finanzielle Erschütterung der Gewerkschaften durch die Inflation am Ende des vorigen Jahres. Aber nicht nur die Gewerkschaften, sondern auch die Arbeiterklasse selbst ist durch eine lange Periode der Arbeitslosigkeit, der Kurzarbeit zermürbt und geschwächt. Hunderttausende von Arbeitslosen drücken auf den Arbeitsmarkt. Die Kampfkraft der Arbeiterklasse ist schlecht. Diese Zeit benutzen die Unternehmer, der Arbeiterklasse den Kampf um den Achtstundentag und um die sozialen Errungenschaften aufzu-zwingen. Die Gewerkschaften sowie der Textilarbeiterverband wehren sich gegen die Verlängerung der Arbeitszeit, sowie auch gegen den Abbau der sozialen Errungenschaften, soweit dies ihre Kräfte zulassen. Die Kommunisten behaupten, der ADGB, sowie der Deutsche Textilarbeiterverband hätten ohne weiteres jede Verlängerung der Arbeitszeit abzuwehren, wie sie ebenfalls jede andere Verschlechterung auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet hätten verhindern können, wenn sie nur gewollt hätten. Die Gewerkschaftsführer haben bewußt Verrat im Interesse des Kapitals und der Reaktion verübt, behaupten die Kommunisten. Solche Behauptungen können aber nur Nichtwisser oder abgefeimte Schwindler aufstellen, Schwindler, die auf die Dummheit der Massen spekulieren, um politische Geschäfte zu machen. Die Gewerkschaftsführer können nicht so gewissenlos handeln, wie die Führer der KPD, die die Arbeitermassen in den Kampf hineinführen, bei dem im voraus feststeht, daß er mit einer Niederlage der Arbeiterklasse enden muß, und bei dem Tod und Verderben zahlreicher Arbeiterleben den Schlußakt bilden. Die Gewerkschaften lehnen die Kampfmittel der Kommunisten ab. Die Zeit des Kampfes können sich die Gewerkschaften auch nicht von dem Moskauer Dreimännerdirektorium verschreiben lassen, weil diese doch unmöglich von den deutschen Wirtschafts-

verhältnissen etwas verstehen können. Wir können nicht verantwortungslos wie die KPD. Fähnlein um Fähnlein in einen aussichtslosen Kampf und in den Tod schicken.

Die Kommunisten empfehlen als Allheilmittel den Generallstreik. Dabei steht fest, daß die Kommunisten den Generallstreik nicht anwenden wollen zur Abwehr gegen die Verschlechterung der Lebenshaltung der Arbeiterklasse, sondern als

Mittel, um den Bürgerkrieg zu erzwingen.

Wäre es den Kommunisten mit der Verteidigung des Achtstundentages und um die nächstliegenden Lebensinteressen der Arbeiterklasse Ernst, dann hätten sie nicht in der Zeit, als der Kampf um den Achtstundentag begann, die Sperrung der Gewerkschaftsbeiträge propagiert. Diese Tatsache beweist, daß es ihnen um die Wahrnehmung der Arbeiterinteressen gar nicht ernst zu tun ist. Die Kommunisten haben im Gegensatz zu den Gewerkschaftsleitungen in Krefeld und M.-Glabbach und anderen Orten den Generallstreik durch Anwendung von Gewaltmitteln erzwungen, angeblich um den Achtstundentag zu verteidigen. Es muß festgestellt werden, daß im M.-Glabbacher und Krefelder Bezirk die Arbeitszeitfrage noch gar nicht brennend war. Die Textilarbeiter waren bereit, einen Tarifvertrag abzuschließen, der noch die alte Arbeitszeit vorsah. Trotzdem drängten die Kommunisten zum Kampf. Zum Kampf auf breiter Grundlage, obwohl in dem dortigen Bezirk weit über die Hälfte aller Arbeiter und Arbeiterinnen arbeitslos waren. Der Generallstreik brach elend zusammen. Die Arbeiterklasse erlitt eine Niederlage und das Unternehmertum ging zum Angriff über den Achtstundentag über. Einer solchen Strategie können die Gewerkschaftsführer kein Verständnis entgegenbringen. Die Arbeiterklasse muß endlich einsehen und lernen, daß sie sich nicht blindlings denen in die Arme wirft, die ihr in der Zeit der Not wohl viel versprechen, aber von ihren Versprechungen auch nicht das allermindeste einzulösen imstande sind.

Wenn die Arbeiterklasse die Reaktion zurückschlagen will, dann bedarf es nicht nur der Einigkeit der Arbeiterklasse selbst, sondern auch gleichzeitig der einheitlichen Kampfführung. Es darf nicht angehen, daß unverantwortliche, außerhalb Deutschlands stehende Männer die deutsche Arbeiterklasse in den Kampf hineinbeugen und hinedirigieren können.

Die Arbeiterklasse muß sich von den Kommunisten endlich frei machen.

Nur dann, wenn der Kampf einheitlich durch die Gewerkschaften geführt und wenn dieser Kampf nicht mehr durch unsinnige Generallstreikparolen geführt wird, erst dann werden die Möglichkeiten des Sieges wieder gegeben sein.

Der Kampf um den Achtstundentag ist noch in vollem Gange. Es ist noch keine Uebersticht vorhanden, wie der Kampf ausgehen wird. Eins steht fest: wenn der Kampf nicht ein Ergebnis zeitigte, wie dies im Interesse der Arbeiterklasse gelegen hat, so tragen die Moskauer Drahtzieher einen großen Teil Schuld daran. Die Kommunisten haben sich als die getreuesten Helfer aller Reaktionen und des Unternehmertums erwiesen.

Der Kampf um die Verlängerung der Arbeitszeit ist noch nicht beendet. Die Textilarbeiterklasse hat wohl in vielen Bezirken eine längere Arbeitszeit als acht Stunden täglich schlucken müssen. Diese längere Arbeitszeit wird jedoch nur vorübergehend von der Arbeiterklasse hingenommen werden. Sie ist tariflich abgegrenzt. Die Textilarbeiterklasse wird sich mit allen Mitteln zur Wehr setzen müssen, wenn die Arbeitszeit über acht Stunden hinaus nicht die Regel und der Achtstundentag die Ausnahme bilden soll, wie dies das Unternehmertum wünscht. Um diesen Kampf für die Arbeiterklasse siegreich durchzuführen, ist es notwendig, daß die Textilarbeiterklasse endlich für eine einheitliche Kampfesfront und Kampfführung sorgt. Es kann dies nur dadurch geschehen, daß endlich die Textilarbeiterklasse ihre Kämpfe lediglich unter Beachtung der Verbandsbeschlüsse durchführt.

Wenn das Ergebnis des bisherigen Kampfes um die Erhaltung der 46stündigen Arbeitswoche nicht befriedigen kann, so dürfen wir nicht vergessen, unter welchen ungünstigen Umständen die Arbeiterklasse den Kampf zu führen gezwungen war. Wir haben die Ursachen der Zerstörung der Kampfkraft der Arbeiterklasse kurz skizziert. Was jetzt nottut, ist endlich

den Willen aufzubringen, aus dem Zustand der Schwäche herauszukommen.

Die Anfänge hierzu sind gegeben. Die Wirtschaft bewegt sich in aufsteigender Richtung. Hierdurch wird zweifellos der Arbeiterklasse wieder eine neue Kampfkraft zugeführt. Die Kampfkraft der Arbeiterklasse wird besser. Macht sich die Textilarbeiterklasse endlich noch von den kommunistischen Faustkämpfern frei, dann ist auch die Möglichkeit wieder gegeben, durch einheitliche gewerkschaftliche Kampfführung den Kampf um den Achtstundentag mit Erfolg durchzuführen. In den Bezirken, wo die Arbeitszeit gegen den Willen der Arbeiterklasse verlängert worden ist, wird sich zeigen,

daß Mehrarbeit nicht Mehrleistung

bedeutet. Die Arbeitgeber werden einsehen müssen, daß im Achtstundentag in der Textilindustrie die gleiche Leistung vollbracht wird, wie in einer längeren Arbeitszeit. Den Betriebsräten sowie der Textilarbeiterklasse allenfalls werden die Aufgabe zufallen, den Arbeitgebern diese Tatsache bei jeder Gelegenheit vorzudemonstrieren.

Die Textilarbeiterklasse muß endlich rufen, um den Kampf um die Erhaltung des Achtstundentages vorzubereiten. Nicht an den Führern wird es letzten Endes liegen, ob der Textilarbeiterklasse der Achtstundentag erhalten bleibt, sondern daran, wieviel Kraftenergie die Textilarbeiterklasse dem Unternehmertum entzagehen kann. Ausbau und Wiederaufrichtung der Organisation ist erste Pflicht der Textilarbeiter und Textilarbeiterinnen!

Im weiteren dürfen die Textilarbeiter nicht mehr dulden, daß ihre Führer von Leuten, die innerhalb der Arbeiterbewegung noch nicht das geringste geleistet haben, beschimpft und heruntergerissen werden. Daß durch die Verunglimpfung der Führer die Arbeiterklasse den Glauben an die Organisation verliert. Sorgt dafür, daß das alte Vertrauen wieder einkehrt in die Organisation! Gelingt dies, dann werden die Kampfreihen wieder gefestigt werden, und wir werden nicht nur den Vormarsch der Reaktion aufhalten, sondern wir werden über dieselbe siegreich triumphieren.

Erhaltung der Kampfkraft.

Die Macht der Arbeiterklasse beruht auf ihrer Masse. Sie hat nicht die Produktionsmittel in ihrer Hand; Heer und bürokratischer Verwaltungsapparat stehen ihr nicht zur Verfügung. Will indes die Arbeiterklasse ihre Machtmittel: Vielheit, die große Zahl, zur Wirksamkeit bringen, dann ist es nötig, daß diese Masse einheitlich zusammengefaßt, daß sie organisiert ist. Die unzähligen Einzelwillen sind in eine einheitliche Richtung zu bringen, die Kraft, die jeder einzelne für sich darstellt, ist zur Steigerung der Kräfte der Gesamtheit auszunutzen; die ganze Kraftmenge, die in der Masse steckt, ist auf einen

Punkt hin zu konzentrieren und an dem schwächsten Punkt des Widerstandes einzusetzen. Nur Kraftzusammenfassung und Organisation verteilten der Arbeiterklasse Stärke. Daher ist es je und je das Bestreben der Herrschenden gewesen, diese einheitliche Ausrichtung der Masse zu verhindern. Der bewährteste und älteste Herrschergrundsatz ist: „Teile und herrsche“. Nach diesem Grundsatz gelangt es seit Jahrzehnten einigen tausend Engländern, des 500-Millionenvolk der Indier in Schach zu halten; nach diesem Grundsatz sucht das kapitalistische Bürgertum eine Herrschaft über das Proletariat zu verewigen. Um „teilen“ zu können, sucht dabei das Bürgertum nach jeder Spaltungsmöglichkeit innerhalb der Masse; wo sich eine Spaltungsmöglichkeit zeigt, setzt das Bürgertum an, den Riß zu erweitern und Feindseligkeiten zu erzeugen, wo Einigkeit gewahrt werden sollte. Vor dem Kriege war die gelbe Gewerkschaftsbewegung dazu auserselien gewesen, als Spaltstich innerhalb der Arbeiterklasse zu wirken. Dieser gelben Bewegung war nach der Revolution vorübergehend das Lebenslicht ausgeblasen worden; die freien Gewerkschaften behaupten sich mächtig aus und es hatte den Anschein, als könne die Arbeiterklasse in einer gemeinsamen Front zusammengefaßt werden. Mit Jittern und Beben blühte das Bürgertum auf die anschwellende Macht der Arbeiterklasse und erwog, wie sie von innen heraus wieder unterwühlt und zerlegt werden könne.

Bald entdeckte das Bürgertum einige schwache Punkte innerhalb der Arbeiterfront; von diesen Punkten aus den Zerfall der Arbeitermacht zu betreiben, wurde das Ziel bürgerlicher Politik.

Eine große starke Massenbewegung ist nur gesund und lebendig zu erhalten, wenn die bindende Kraft des Vertrauens und der freiwilligen Hingabe ans Ganze wirksam bleiben. Innerhalb der Massen muß der unbedingte Glaube vorhanden sein, daß die Leitung der Bewegung nur das allgemeine Interesse und das Wohl aller im Auge habe. Jede Autorität, auch die Autorität der Führung einer Arbeiterorganisation wurzelt im Vertrauen der Gefolgschaft. Sicherheit ist überall am Platze; vor allem ist sie es innerhalb der demokratischen Arbeiterbewegung. Nur darf die Kritik nicht die Grundlagen der Organisation erschüttern; so gesund sie ist, wenn sie sich an einzelne, faß- und greifbare Fälle hängt, so zerstörerisch wirkt sie, wenn sie die „Führung überhaut“, die „Leistung insgesamt“ ablehnt und verneint. Dann belebt sie nicht mehr, sondern kann tödlich sein und löst auf. Wenn in den Massen das Vertrauen zu der Führung ausgerotet wird, dann wenden sich die Massen nicht bloß von diesem oder jenem einzelnen Führer ab, sondern sie werden der ganzen Bewegung überhaupt untreu.

Das kapitalistische Bürgertum wußte, daß die Gewerkschaftsbewegung an den Wurzeln ihrer Kraft getroffen werden könne, wenn das Vertrauen zur Gewerkschaft in den Massen zu zerrütten war. Es finanzierte die nationalsozialistischen Stütztruppen, die innerhalb der Arbeiterklasse als Sprengkörper wirken sollten; die Verleumdung, Schmähung, Herabwürdigung der Gewerkschaftsführung wurde die wichtigste Aufgabe dieser nationalsozialistischen Gebilde. Ihre Wirksamkeit wurde freilich übertrassen durch die Tätigkeit der Kommunisten. Es ist nicht nötig, wieder zu erinnern an alle jene Beschimpfungen, Verdächtigungen, deren sich die Kommunisten bedienten, um in den Gewerkschaften allmählich eine Atmosphäre allgemeinen Mißtrauens hervorzubringen. Nur beiläufig sei die Zellenbildung erwähnt, ebenso die geforderte Beitragshebung, die Sperrung der Verbandsbeiträge, schließlich die Absicht, selbständige kommunistische Gewerkschaften ins Leben zu rufen und dadurch die Einheitlichkeit der wirtschaftlichen Kampflinie des Proletariats zu vernichten. Man kann nicht ableugnen, daß die Tätigkeit der Kommunisten Erfolg hatte. Breite Arbeiterkreise wurden dazu geführt, es allmählich gewissermaßen ganz natürlich zu finden, daß die Gewerkschaftsführer „Verräter“ seien, die gar nicht den Willen hätten, das Wohl der Arbeiterklasse zu fördern, die vielmehr nur den Ehrgeiz hätten, Regierungspräsidenten und Minister zu werden. Unter solchen Umständen mußte die Schlagkraft der Gewerkschaften schweren Schaden leiden. Bei solchem Mißtrauen gegen die Führung konnte unmöglich taufreudige Opferwilligkeit für den Gewerkschaftsgedanken in den Mitgliedschaften lebendig bleiben. Gerade in den letzten Monaten wurde da und dort die Uebereinstimmung zwischen Deutschvölkischen und Kommunisten, die bisher unausgesprochen bestanden hatte, mit schamloser Offenheit eingeräumt. In Thüringen, Mecklenburg, Bayern bekannten Deutschvölkische und Kommunisten, daß sie sich feindverwandelt fühlten. Die Saat, die Radek Arm in Arm mit Reventlow gesät hat, fängt an aufzugehen; die deutschvölkischen Artikel, die die „Rote Fahne“ vor ihrem Verbot gebracht hatte, haben schauervolle Verwirrung unter der Arbeiterklasse gestiftet.

Die Schädigung des gewerkschaftlichen Vertrauens macht sich nun das Bürgertum zunutze. Es bedient sich seiner Agenten, Spitzel, Kreaturen, um die Arbeiterklasse gegen den Rat der Gewerkschaftsführer zu törichten Handlungen zu verleiten. Mit einer Frivolität sondergleichen begünstigt das Bürgertum jene Entwicklung der politischen und wirtschaftlichen Arbeiterbewegung, die in ihr überhöhtes Extrem hineinreißt. Die Arbeiterklasse wird zu Verzweiflungstaten herausgefordert; geschieht die Verzweiflungstat, dann ist der Anlaß da, die Arbeiterklasse niederknien und in fast unzählige Fesseln zu legen. Arco ermordete Eisner, um die bayerischen Arbeiter in kommunistischen Putschismus hineinzubeugen. Die soziale Reaktion der Gegenwart hat keinen schärferen Wunsch als den, die Arbeiterklasse zu Revolten zu verleiten, die dann die Reichsmehr mit ihrer in Thüringen und Sachsen bewährten edlen Begeisterung in Blut erstickt würde. Ausstände, Streiks machen in diesen Tagen der furchtbaren Arbeitslosigkeit dem Unternehmertum wenig Kopfzerbrechen; für jeden streikenden Arbeiter findet sich ein arbeitshungriger Streikbrecher. Dadurch lassen sich die Verbände ruinieren; in seltenen Fällen ist die provozierte Arbeiterklasse überlegen genug, um das Unternehmertum zu durchschauern und seine Absichten zu durchkreuzen. Die Gewerkschaftsführer, die zur Beobachtbarkeit raten und ans Herz legen, die gegenwärtigen, für die Arbeiterklasse ungünstigen Machtverhältnisse ins Auge zu fassen, werden niedergeschrien; unverantwortliche und oft sehr dunkle Existenzen, die sich durch kleines Verdienst und großes Mundwerk auszeichnen, finden Anklang.

Das Wundermittel, das diese unverantwortlichen, plötzlich aufgetauchten „Berater“ der Arbeiterklasse immer wieder anpreisen, ist der Generallstreik, der Massenstreik. Gleich wie die geschäftliche Konjunktur ist, gleich, ob der einzelne Arbeiter durch die Inflation seines letzten Spararohschens beraubt ist, gleich ob die Gewerkschaftslisten an Leistungsfähigkeit aus Gründen der Inflation zu wünschen übrig lassen, gleich ob Millionen Arbeitsloser ihre Arbeitskraft zu jeder Bedingung verkaufen sollen; immer und immer wieder soll die Stunde reif sein zum Massenstreik. Obwohl jeder Einsichtige Niederlagen voraussetzt, kann er sich kaum noch zur Geltung bringen. Dabei kann kein Erfahrener daran zweifeln, daß jeder Massenstreik unendlich nicht zu rechtfertigende Opfer an Menschenleben, Geld und moralischer Widerstandskraft der Arbeiter kosten würde. Das Ende solcher Streiks wären Trümmerhaufen, indifferente, knechtisch gewordene

Arbeiterkassen. Den Erfolg solcher Streiks trägt das Bürgertum davon. Die letzten Rechte der Arbeiterschaft gingen verloren, ihr letzter Stolz würde zerbrochen. Alles Streikgeschrei der Kommunisten fördert die Zwecke des Unternehmertums.

Die vorhergehenden Folgen solcher Streiktaktik hatte auch Rosa Luxemburg vorausgesehen. Sie beschrieb sie in ihrer Schrift: „Massenstreik, Partei und Gewerkschaften“ mit dem Verhalten der Anarchisten, die damals die gleiche Kampfsmethode anwandten, zu denen heute die Kommunisten greifen. „Das fatale“, so schreibt sie, „für den Anarchismus war dabei (bei seiner Massenstreikspropaganda) stets, daß die in die blaue Luft improvisierten Kampfmethoden nicht bloß eine Rechnung ohne den Wirt, das heißt eine Utopie, waren, sondern daß sie, weil sie eben mit der verachteten, schlechten Wirklichkeit gar nicht rechneten, meistens aus revolutionären Spekulationen und Utopien aus praktischen Helferdiensten der Reaktion wurden.“

Wo noch ein Massenstreik halbwegs gelang — wie 1903 in Schweden oder 1893 in Belgien —, da stellte sich dieser Ausgang ein, weil das Bürgertum vom Streikausbruch überrascht worden war. Wo sich das Bürgertum hatte vorbereiten können, wie in Belgien 1902, in Italien 1904, da wurde die Arbeiterschaft niedergeworfen. Die kommunistischen Generalkstreikführer tragen dafür Sorge, daß dem Bürgertum die Absichten der Arbeiterschaft kein Geheimnis mehr sind; das deutsche Bürgertum hat sich, durch die kommunistische Propaganda gewarnt, sichergestellt; es steht in starken Stellungen, an denen die gegenwärtigen Anstürme der Arbeiterschaft unsehbar verbluten müssen.

Die soziale und politische Reaktion ist im Vordringen. Die Arbeiterschaft wird ihr erst dann wieder Einhalt gebieten können, wenn sie wiederum mit Vertrauen zu ihrer gewerkschaftlichen Führung aufblickt und allen wortreichen, aber gemissensvollen Maulwürfen den Laufpaß gibt. Bei der gewerkschaftlichen Führung sind Erfahrung, Sinn für das Mögliche, Schicksalsverbundenheit mit dem Los der Arbeiterschaft die treibenden Kräfte; den kommunistischen Fellenbauer hingegen lenkt nur die Lust an der Zerstörung. In der Not dieser Tage kostet es nicht selten ein überragendes Maß von Tapferkeit, gegen den Massenstreik zu wirken; die es wagen, sich sogar unpopulär zu machen, indem sie ihre warnende Stimme rechtzeitig erheben, zeigen, daß ihr Urteil ungetrübt und ihr Charakter unbedenklich ist. Der Gesundheits- und Kräftigungsprozess der Arbeiterschaft wird einsetzen, wenn sie wieder auf die Stimme der moralisch Tapferen hört, sich aber von den radikalen Burzelbaumschlagern mit Geringschätzung und Ekel abwendet. Wer an die Gewerkschaften tastet, ist der Feind der Arbeiterklasse; es ist nicht nötig, noch zu sagen, daß der kommunistischen Partei damit das Urteil gesprochen ist.

Die Chinesenmauer.

Das arme Deutschland ist an einem überlebensfähigsten wirtschaftlichen und staatspolitischen Problem. Das spiegelt sich wider im Zustand seiner Parteien. Fundamente wie Ränder der Parteien sind seit langem nichts Festes mehr. Von der äußersten Linken bis zur extremsten Rechten zeigt sich daselbe Bild: Die Deutschnationalen, die Sozialisten, die Volkspartei, die Kommunisten, die Sozialdemokraten. Das deutsche Zentrum, das erst vor einigen Jahren von einem starkköpfigen Knaben, der Bayerischen Volkspartei, entbunden wurde, fühlt sich wieder so etwas wie Mutterfreuden. In der Sozialdemokratie flutet der Meinungsstreit, und die Kommunisten müssen ein um das andere Mal von den hohen Gebieten in Moskau Urteilsprüche über Klassen Meinungsverschiedenheiten in der KPD. erbitten. Große Wählermassen, aufgewühlt durch der ungelösten Probleme Gewalt, irren zwischen den Parteien hin und her und machen jede Berechnung des Ausgangs politischer Abstimmungen zu einer halbbrüderlichen Spekulation. Nie hing ein so dunkles Tuch wie heute über dem Ausgang der nächsten Reichstagswahl.

Im Kranze stachlicher deutscher Zeit- und Streitfragen ist über Nacht eine neue Blume erblüht. Die Querspieler und Trommler der Schutzkölner sind plötzlich wieder aufmarschiert und zeigen in der politischen Arena ihren Appetit und ihre Muskeln. Värmen, der, wie das ihrem Naturell entspricht, operieren die Agrarier; stiller, aber nicht minder nachdrücklich, am Zollschutz besonders interessierten in der Industrie „Wirtschaftsführer“. Die deutschen Großagrarien haben unter ihrem berühmten geflügelten Strohdaub mit heiligem Grimm die Wahrnehmung machen müssen, daß die Zeiten gänzlich müheloser Inflationsgewinne verraucht sind wie jene schönen Tage von Aranjuez. Obwohl die Lebensmittelfuhrzölle von den Notwendigkeiten der Kriegsführung aufgehoben worden waren, wuchs agrarischer Reichtum bei Tag und bei Nacht. Er wuchs im Krieg bei rationierten Mengen und rationierten Preisen. Er wuchs in den Monaten und Jahren, da die Revolution durch Deutschlands Städte kampaft. Er wuchs in edlem Gleichmaß, als die freie Wirtschaft im Strudel der Inflation ihre Organe feierte. Die jahrhundertalte Grundhuld der agrarischen Besitzer zerbrach jäh in der Zeit, als die Staatskud zur Chimborassohöhe flog. Das Großagrariat bekam die dichten Baden gerade in jener Periode, in der merkwürdigerweise einige hunderttausend Proletarierkinder an der Welt keinen Gefallen mehr fanden und ihr Adeg sagten. Kurz und gut: die deutschen Großgrundbesitzer in ihrer Allmacht als Lebensmittelproduzenten konnten die Auswanderung der Bevölkerung auch nach Aufhebung der Lebensmittelfuhrzölle ungehindert betreiben, da im Krieg die Bodendeckelung und die Wertlosigkeit des deutschen Papiergeldes die Einfuhr nahezu sperrte.

Die anhebende Währungsstabilisierung hat diesen — gewissen Leuten überaus amüsanten — Zustand gestört. Die heiligsten Güter der agrarischen Geschäftemacher kommen in Gefahr. Und darum braut ein Ruf wie Donnerhall: Regierung, schließe die Grenzen, sperre die Lebensmittelfuhr oder verteuere sie wenigstens durch die Wiedererhebung der Zölle!

Das ist eine Sache, die das ganze arbeitende Deutschland angeht. Welche Wirkungen es auf den Kampf um Deutschlands Rettung haben wird, wenn der Bevölkerung die Lebensmittel künstlich über den Weltmarktstand hinaus verteuert bleiben und die schwerer den deutschen Industrie werden muß, den Weltmarkt wieder zu gewinnen, wenn die Produktionsgrundlage, die Ernährung der Produzierenden, zugunsten einer kleinen wohlhabenden Agrariergruppe bedroht wird, muß einer späteren Erörterung vorbehalten werden. Das eine aber sei schon jetzt gesagt: Die Wucherzölner werden wie früher so auch jetzt in den freien Gewerkschaften und in der Sozialdemokratie einen mit wuchtigen volkswirtschaftlichen Argumenten bewehrten Gegner finden.

Und die industriellen Zölner rühren sich. Von ihnen wird versucht, die auch nicht vorübergehend befristete Einfuhrerleichterungen durch Steigerung der Zollsätze zu vergrößern. Das trifft besonders auf die Spinnereien zu. Die Regierung ist diesen Bestrebungen offenbar durchaus nicht abgeneigt. Berichtete doch dieser Tage das „Berliner Tageblatt“, daß in den zuständigen Stellen der Reichsregierung das Bestreben der Spinnereien auf eine Erhöhung der Zollsätze für Baumwollgarne um das Dreifache bis Siebenfache wohlwollend erwogen werde. Damit lebt ein alter Kampf wieder auf, der vor dem Kriege jahrelang die Textilindustrie und die Deffenlichkeit bewegte. Spinner und Weiterverarbeiter standen sich dabei schroff gegenüber und werden es auch in Zukunft tun. Die Erhöhung der Garnzölle würde den deutschen Spinnereien in jeder Richtung eine monopolistische Stellung in Deutschland verschaffen und die weiterverarbeitenden Teile der Textilindustrie unter das Preisdiktat der Spinnereien zwingen. Die Spinnereien bilden einen verhältnismäßig kleinen Teil der gesamten deutschen Textilindustrie. Die Begünstigung dieses kleineren Teils auf Kosten des größeren müßte unübersehbare Auswirkungen haben. Die verarbeitende Industrie des Textilspinnens, die Spitzen-, Gardinen- und Lüllweberei, die Handschuh- und Wirtwarenindustrie, ist auf die Einfuhr der feinen englischen Garne angewiesen, die deutsche Spinnerei

ist in der Herstellung dieses Artikels minder leistungsfähig. Werden diese feinen Garne durch einen verbleibenden Einfuhrzoll belastet, so wird der erwähnten verarbeitenden Industrie der Rohstoff dermaßen verteuert, daß die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt und damit der Absatz bedroht ist. Dies um so mehr, als heute schon die deutschen Textilpreise über den Weltmarktpreisen liegen, eine Erscheinung, die ihre Erklärung in der Latente findet, daß auch die deutsche Textilindustrie in der Kriegs- und Inflationsperiode technisch zurückgeblieben ist.

Aber auch die für den deutschen Bedarf in Deutschland hergestellten größeren Garnarten würden in demselben Augenblick eine Preissteigerung erfahren, wo die Erhöhung des Einfuhrzoll auf solche Garne die Wettbewerbung des englischen Garnes um den deutschen Markt erschwert. Die deutschen Spinnereien könnten dann auch ihre Preise um ungefähr die Höhe des Zollsatzes steigern, die Webereien müßten das Garn um diesen Betrag höher bezahlen. Damit wäre ihre jetzt schon erschütterte Konkurrenzkraft noch mehr bedroht. Mit einer Gefährdung der gesamten weiterverarbeitenden deutschen Textilindustrie müßte die Begünstigung des Spinnkapitals bezahlt werden.

Die Gefahren einer solchen Politik beleuchtet Dr. Philippo in seinem Buch „Grundriß der politischen Ökonomie“ mit diesen Sätzen:

„Der Schutzoll ist ein Mittel der Erhaltung lohnender Preise im Inlande durch Fernhalten fremder konkurrierender Waren. Er erfüllt also seine Aufgabe erst dann, wenn durch ihn der Preis im Inlande höher steht als im Auslande. Ein Zollsystem, das alle Waren auf diese Weise im Inlande schützt, d. h. gegenüber dem Auslande verteuert, kann aber nicht eingeführt werden, ohne sich durch die Allgemeinheit der Verteuernng ganz oder teilweise um seine Wirkung zu bringen. Die Preissteigerungen, die durch ein solches Zollsystem z. B. dem Spinner für sein Garn, dem Hochofenbesitzer für sein Roheisen zuteil werden, bedeuten eine Verminderung des Nutzens der Preissteigerung, die durch den Zoll dem Weber oder Walzwerkesbesitzer für ihre Produkte zugehört war. Die Verteuernng der Rohstoffe, der Halbfabrikate durch das System des Schutzes der nationalen Arbeit verteuert wieder die Produktionsbedingungen für die Fabrikanten des Endproduktes. Werden nun die Zölle so gesteigert, daß auch für den letzten Produzenten noch ein Schutz gegeben ist, so drückt diese Preissteigerung natürlich auf die Konsumenten dieser Endprodukte, erschwert den Absatz, erleichtert die Einfuhr ausländischer Ware und erschwert den Export der heimischen. Mag ein solches System vielleicht auch mit einer Minderung der Einfuhr ausländischer Produkte verbunden sein, immer wird es zugleich eine Minderung der Ausfuhr bedeuten und daher dauernd alle jene Produktionszweige schädigen, welche ihren Absatz nicht bloß im Inlande haben.“

Unsere Spinnereien müssen lernen, auch ohne den Glassturz und die Treibhausstemperatur einer übersteigerten Schutzollpolitik zu leben. Die Voraussetzungen dazu sind unbedingt gegeben. Wenn die Spinner sich konzentrieren auf die Herstellung grober und mittlerer Garnsorten, auf die die deutsche verarbeitende Textilindustrie in der Hauptsache eingestellt ist, wenn die Spinnereien an die rationelle Gestaltung ihrer Produktion gehen und sich damit abfinden, daß die Zeiten nahrhaften und bequemen Dumpings auf alleinige Kosten des Staates und der Arbeiter dahin sind, dann werden sie auch existieren können, ohne daß sie dabei den Nachbarparten in der Textilindustrie das Fleisch vom Leibe reißen. Währungspolitisch ergibt sich gewiß oft die Notwendigkeit, die Einfuhr ausländischer Produkte durch Verbote oder Zölle zu hindern. Bei den Forderungen des Spinnkapitals liegen solche Notwendigkeiten nicht vor. Im Gegenteil, währungspolitische Notwendigkeiten gebieten, die Wünsche der Spinnereien zurückzuweisen, um der deutschen Textilindustrie den Weg zum Weltmarkt nicht zu verbaueu. Wobei im Vorübergehen darauf verwiesen sein soll, daß gewagte schutzöllnerische Experimente gegenmaßnahmen des Auslandes auslösen können, das getreu dem Grundgesetz „Haut du meinen Juden, hau ich deinen Juden“ ins Ausland strebende deutsche Waren genau so behandelt wie Deutschland die ausländischen.

Während geschäftliche Hände am Werke sind, im Innern das republikanische Deutschland „abzubauen“, sind andere daran, diese Abbaustätte mit einer chinesischen Schutzollmauer zu umgeben, die zum Himmel ragt. Nicht in der Abschirmung und Einmauerung, in der Befreiung und im Zusammenströmen der internationalen Wirtschaftskräfte liegt die Zukunft des zerfallenen Deutschlands und des kriegszerpflügten Europas. Bewachen wir daher mit offenen Augen die gefährlichen Unternehmungen unserer — Chinesen!

Ein unparteiischer Vorsitzender.

Herr Gewerberat Körner ist Vorsitzender des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin. Er wurde als solcher von den Arbeitgebern vorgeschlagen und äußerst warm empfohlen. Jedemfalls schäme die Arbeitgeber die Fähigkeiten des Herrn Gewerberates, Streitigkeiten zu schlichten, hoch ein. In der Tat hat Gewerberat Körner ein kühnes Geschäft, Streitigkeiten einer Erledigung entgegenzuführen. Er entscheidet sogar Streitfragen, über die in dem von ihm geleiteten Schlichtungsgericht gar nicht verhandelt worden ist. Am 2. Februar d. J. wurde ein Schiedsspruch für die Textilarbeiter Berlins und Rommes im Schlichtungsausschuß gefällt, der laut Vereinbarung sofort für verbindlich galt und nach Verkündung durch den Vorsitzenden von beiden Parteien ohne irgendeinen Einspruch als zu recht bestehend anerkannt wurde. Dieser Schiedsspruch sah die Neuregelung der Löhne sowie der Arbeitszeit ab 28. Januar 1924, aber nicht die Zeit der Befristung vor. Da er für die Arbeiter äußerst ungünstig war, kündigten letztere das Abkommen ab 5. Februar 1924. Am 8. Februar 1924 erhielt der Textilarbeiternverband vom Schlichtungsausschuß Groß-Berlin erneut denselben Schiedsspruch per Rohpost mit der Ergänzung: „Die Regelung der Arbeitszeit gilt für die Dauer des Mantelarifvertrages, das Lohnabkommen bis zum 31. März d. J.“ Dieses Vorgehen des Herrn Gewerberat Körner ist geschicklich. In der Schlichtungsordnung vom 23. Dezember 1923 heißt es in § 21 Absatz 6 wörtlich: „Der Schiedsspruch ist vor der Verkündung schriftlich abzufassen, vom Vorsitzenden zu unterschreiben und zu verkünden.“ Weder der Vorsitzende noch beide Mitvorsitzenden haben das Recht, selbstständig eine Änderung des zustandgekommenen Schiedspruches vorzunehmen. Wir werden den Gedanken nicht los, daß Herr Gewerberat Körner von gewissen, ihm nahestehenden Kreisen beeinflusst worden ist, diese Ergänzung vorzunehmen.

Gegen diesen Schiedsspruch hat der Deutsche Textilarbeiterverband bei dem Minister für Handel und Gewerbe in Preußen Beschwerde eingelegt. Wir haben daraufhin folgende Antwort erhalten:

„Unter Bezug auf die freundliche Besprechung meines Sachbearbeiters, Ministerialrat Platow, mit einem Ihrer Herren Sekretäre bestätige ich, daß es sich im vorliegenden Falle um eine vereinbarte Schlichtungsstelle handelt, deren Mitglieder, auch soweit sie Beamte sind, keiner behördlichen Aufsicht unterliegen. Meinungsverschiedenheiten über die Rechtswirksamkeit des Spruches können nur im Wege der gerichtlichen Klage ausgetragen werden; allerdings würde ich das Beschreiten dieses Weges bedauern. Im übrigen bemerke ich unverbindlich, daß ich an der Rechtswirksamkeit des Schiedspruches auch dann keinen Zweifel habe, wenn tatsächlich bei der Verkündung nichts über die Befristung des Tarifvertrages gesagt worden ist, wofür nur bei der Beschlußfassung im Schlichtungsausschuß die aus der Anlage des Schreibens vom 6. Februar ersichtliche Befristung zweifelsfrei beabsichtigt war. Die Anlage Ihres Schreibens füge ich bei.“

Das Schreiben des preussischen Handelsministeriums erkennt die Berechtigung unseres Einspruchs an. Bemerkten möchten wir aber, um jeden Zweifel zu beseitigen, daß weder bei der Verkündung des

Schiedspruchs, noch bei der Beschlußfassung die Frage der Befristung des Tarifvertrages besprochen worden ist. Es ist in keiner Weise zum Ausdruck gebracht worden, daß der Tarifvertrag für eine bestimmte Zeitdauer Geltung haben sollte. Die nachträgliche Ergänzung des Schiedspruches, die die Befristung beselben enthält, ist deshalb unzulässig und rechtswidrig. Wir geben deshalb dem Handelsministerium nicht recht, wenn es uns sagt, daß gegen diesen rechtswidrigen Schiedsspruch nur die Klage das einzige Rechtsmittel sei. Wir sind der Auffassung, daß das preussische Handelsministerium diesen Schiedsspruch kassieren muß. Im übrigen wird es notwendig sein, die Tätigkeit des Herrn Gewerberates Körner seitens des preussischen Handelsministeriums nachzuprüfen, damit festgestellt wird, ob der richtige Mann am richtigen Platze ist. Unseres Wissens hat der Herr Gewerberat Körner noch ähnliche mangelhaften und rechtswidrigen Schiedsprüche gefällt, die dann zu allerlei Scherereien Veranlassung gaben.

Das Schweizer Volk lehnt die Lex Schultheiß ab.

Der Kampf gegen den Achtstundentag wird in allen kapitalistischen Ländern mit der gleichen Energie von den Unternehmern wie in Deutschland geführt. In der Schweiz ist der Achtstundentag in § 41 des Fabrikgesetzes verankert. Die Unternehmer forderten eine Revision des § 41 des Fabrikgesetzes. Die Unternehmer und das Bürgertum legten sich besonders für die „Lex Schultheiß“ ins Zeug, um den Achtstundentag zu beseitigen. Eine Änderung des § 41 des Fabrikgesetzes konnte jedoch nur durch eine Volksabstimmung herbeigeführt werden. Die Abstimmung hat am Sonntag, den 17. Februar, stattgefunden. Eine große Mehrheit des Schweizer Volkes hat für die Beibehaltung des Achtstundentages entschieden. Der Angriff der Unternehmer auf den Achtstundentag ist damit abgeschlagen worden.

Abwehrkampf der holländischen Textilarbeiterchaft.

Von R. Magle, Gronau i. W.

Bereits seit dem 24. November 1923 stehen die holländischen Textilarbeiter der Provinz Twente im Abwehrkampf gegen Lohnabbau und Verlängerung der Arbeitszeit. Die holländischen Textilarbeiter verlangten die 58-Stundenwoche oder 10 Proz. Lohnabbau. Gegen diese Zumutung setzten sich die holländischen Organisationen zur Wehr, und so wurde in einer Weiberei in Enschede die Arbeit niedergelegt. Die Antwort der „menschenfreundlichen“ Textilarbeiter war die Aussperrung von rund 22 000 Textilarbeitern. So geschahen im frommen Holland von den „christlichen“ Arbeitgebern! Ein nettes Weibereigeschäft, damit die Menschen das Wort nicht vergessen: „Friede den Menschen auf Erden usw.“! Es ist die alte Erscheinung, welche überall in den Ländern zu Tage tritt: Unterdrückung und Ausbeutung der Arbeiterschaft und Verneinung des heiligen Profits! Daß aber hier auch die kirchlichen Gewalten ihren Bannspruch schleudern gegen eine derartige Verhöhnung des Christentums, hat noch niemand gehört, aber desto eifriger ist man mit dem Bann bei der Hand, wenn es gegen die freien Gewerkschaften geht. Da finden sich „Vertreter“ des Christentums und der Arbeitgeber Arm in Arm zusammen, um den Proletarier in materieller und geistiger Verarmung und Knechtschaft zu halten. Daß es den Arbeitgebern nur auf die Beseitigung des Achtstundentages ankommt, erhellt daraus, daß sie das Arbeiten der Arbeitnehmerorganisationen, Ueberstunden ohne besonderen Zuschlag zu leisten, ablehnten. Es wurden den Unternehmern pro Jahr 100 Ueberstunden angeboten, sie lehnten dieses Angebot ab. Der Kampf geht also unentwegt weiter. Aus dieser Tatsache ist somit die ganze Borniertheit und Frechheit der holländischen Textilmagnaten zu erkennen.

Dieser Kampf ist aber auch eine heilsame Lehre für die Unorganisierten, welche es bis jetzt noch immer für überflüssig halten, sich der Organisation anzuschließen, um die Beiträge zu „sparen“. Diese fallen nun der Armenverwaltung zur Last. Die Kosten für diese Unterstützung werden durch Steuern aufgebracht, so daß also auf diese Weise auch die organisierte Arbeiterschaft für die Schmarroher Steuern entrichten muß. Eine beschämende Tatsache für diese unorganisierte Gesellschaft, bei Arbeitskämpfen der Deffenlichkeit zur Last zu fallen.

Es ist gar nicht ausgeschlossen, daß die holländischen Textilarbeiter deutsche Arbeitskraft dazu gebrauchen, um einen Teil ihrer Aufträge in Deutschland herstellen zu lassen, damit trotz des Kampfes der Profit nicht geschmälert wird. Die Kollegen werden allerorts erucht, die Augen offen zu halten und aufmerksam alle Vorgänge im Betriebe zu beachten, daß nicht in manchen Abteilungen Arbeit für die holländischen Unternehmer geleistet wird. Wir müssen die holländischen Bruderorganisationen in ihrem schweren Kampfe gegen das übermütige Unternehmertum auf jede Weise unterstützen.

Ein Sieg der Brüder und Schwestern in Holland ist auch für uns ein Sieg! Darum übt strengste Solidarität!

Bekanntmachung.

Zopau. Das Bureau befindet sich jetzt Bismarckstr. 1. Alle Postsendungen sind an Edmund Wolftram zu richten.

Textilriemen-Weber

ledig, dem bei Fähigkeit Aussicht auf Werkmeisterposten geboten wird, gesucht.

Angebote erbeten unter „T. A. 5“ an die Expedition d. Wattes.

Nur für unsere Mitglieder!

Die Frau und der Sozialismus

von August Bebel.

Ganzleinen gebunden mit Goldaufdruck, antast 6.— für 8.— Ml. Sittenbilder, französische Revolution von J. Schifowski. Gebunden mit Titelblatt für —, 75 Ml. Verpachtung und Porto frei. Versand nur gegen Nachnahme. — Nachnahmegebühr 10 Pfennig. Deutscher Textilarbeiter-Verband (Abt. Bücherverand). Berlin D. 27, Magazinstr. 6/7 II.

Umsang der Frauenarbeit in der deutschen Textilindustrie. Gewerkschaft, Schwangerschaft, Frauenleid. Statistische Erhebungen über die soziale und wirtschaftliche Lage sowie die Familienverhältnisse der in der deutschen Textilindustrie beschäftigten verheirateten und verheiratet gewordenen Frauen. Für Mitglieder 20, für Nichtmitglieder 30 Goldpfennig. Verlag: Deutscher Textilarbeiterverband, Berlin D 27, Magazinstr. 6/7. Abteilung Bücherverand

Verlag: Karl Hübner in Berlin, Magazinstraße 6-7. — Verantwortlicher Redakteur Hugo Kresel in Berlin. — Druck: Bornwärts-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin.